

MOTION von Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.) und Jonas Erni (SP, Wädenswil)

betreffend Finanzierung von Strassenbauten und anderen baulichen Massnahmen entlang von Staatsstrassen

Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen und/oder reglementarischen Grundlagen so anzupassen, dass alle strassenorientierten baulichen Massnahmen inklusive weiterer Kosten (Beispielsweise Landerwerb) entlang von Staatsstrassen vollständig aus dem Strassenfonds finanziert werden.

Barbara Schaffner
Daniel Sommer
Jonas Erni

Begründung:

Heute werden bauliche Massnahmen entlang von Staatsstrassen teilweise durch den Kanton (Strassenfonds) und teilweise durch die Gemeinden (allg. Steuermittel) finanziert. Für den Verteilschlüssel gibt es einen Fallkatalog als Leitfaden. Darin wird festgelegt, dass und wie sich die Gemeinden bei Strassenkreuzungen, Fussgängerinseln, Bushaltestellen etc. an den Kosten beteiligen.

Die Mitfinanzierung von Massnahmen entlang von Staatsstrassen stösst bei den Gemeinden oft auf Widerstand. Gerade bei kleineren Gemeinden machen die dafür notwendigen Geldmittel schnell mehrere Steuerprozente aus und den Gemeinden bleibt trotzdem kaum ein Mitbestimmungsrecht.

Daraus ergibt sich die unglückliche Situation, dass Projekte – obwohl im Interesse von Kanton und Gemeinden – stark verzögert werden. Ein Beispiel für diese Situation ist das Furttal, das stark vom Ausweichverkehr betroffen ist, sobald der Verkehr am Gubrist stockt, aber über keine adäquate Verkehrssteuermöglichkeit verfügt. Entsprechende Projekte kommen aufgrund von Diskussionen über die Finanzierung nicht vom Fleck. Leidtragende sind die Bevölkerung und regionalen Unternehmen.

Der Kanton ist verantwortlich für die Staatsstrassen und den geregelten Verkehr darauf. Massnahmen, die dem übergeordneten Ziel eines sicheren und flüssigen Verkehrs auf der Staatsstrasse dienen, sollten deshalb über den Strassenfonds finanziert werden. Eine Finanzierung aller Kosten im Zusammenhang mit Staatsstrassen trägt zudem zu einer etwas transparenteren und verursachergerechteren Finanzierung des Strassenverkehrs bei.